

Zur tiefen Krise im westdeutschen Hochschulwesen

Eine Betrachtung zur Bonner Hochschulpolitik

In einer Analyse zur westdeutschen Hochschulpolitik heißt es: „Vor aller Augen vollzieht sich in den industriell hochentwickelten Ländern eine wissenschaftlich-technische Umwälzung nie gekanntem Ausmaßes, die zwangsläufig die Frage nach Aufgaben und Funktionen, Stellung und Situation der Universitäten und Hochschulen in der Gesellschaft in den Blickpunkt rückt.“

Deswegen ist es kein Zufall, daß Fragen der Wissenschaftsentwicklung, Probleme der Hochschulpolitik und speziell auch die Bestimmung des Status und der Perspektive der Universitäten und Hochschulen mehr und mehr Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen werden. (Vgl. Formierte Universität, Staatsverlag der DDR, Berlin 1968, S. 3.)

Eine nähere Betrachtung dieser Problematik beweist überzeugend, daß uns auf diesem entscheidenden Gebiet des gesellschaftlichen Fortschritts Weltens vom staatsmonopolistischen Herrschaftssystem in Westdeutschland trennen, welches sich nur so lange und insoweit an der Förderung von Wissenschaft und Bildung interessiert zeigt, als das mit seinen aggressiven und reaktionären Zielen übereinstimmt und zur Erreichung dieser Ziele zweckmäßig und nützlich erscheint. Alleiniger Maßstab für die Beurteilung der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit fördernder Maßnahmen sind dabei das Bestreben des Monopolkapitals nach Aufrechterhaltung seiner politischen Machtpositionen, nach höchstmöglicher Kapitalverwertung, nach alleiniger Verfügungsgewalt über die Ergebnisse der Wissenschaft im Interesse der einflußreichsten Monopole.

Auf diesen Zusammenhang weist die eingangs erwähnte Arbeit hin, wenn sie feststellt:

„Die unterschiedliche Entwicklung der Wissenschaft und des Hochschulwesens in beiden deutschen Staaten ist besonders deutlich der Umstand sichtbar, daß es vom Charakter der Gesellschaftsformung abhängt, zu welchen Zwecken die Stätten wissenschaftlicher Arbeit, die Akademien und Forschungsinstitute, die Universitäten und Hochschulen und die Ergebnisse des Forschungsdrangs und wissenschaftlicher Schöpferkraft genutzt werden.“

Die Tatsachen beweisen, daß in Westdeutschland heute der staatsmonopolistische Kapitalismus alle Seiten und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfüllt hat. Dabei stellen gerade die Universitäten und Hochschulen ein wichtiges Feld staatsmonopolistischer Lenkung dar. Gerade die Regierung Kiesinger/Strauß fördert die völlige Integration der wissenschaftlichen Einrichtungen in das System der formierten Gesellschaft. Die Wissenschaftspolitik des Bonner Staates ist eindeutig Bestandteil im expansionistischen Programm des westdeutschen Monopolkapitals.

Angesichts dieser Ziele sind die reaktionären Kräfte des westdeutschen Monopolkapitals bestrebt, ihre wahren Absichten bezüglich der Formierung und Beherrschung des Hochschulwesens in Westdeutschland zu verdeutlichen und hinter dem Nebelvorhang des Begriffs „Hochschulreform“ zu verborgen. Dabei wird der Inhalt dieser „Reform“ heutzutage entzerrt, werden die Forderungen der Wissenschaftler und Studenten

nach wirklich demokratischen Veränderungen diffamiert, werden notwendige Entscheidungen verzögert bzw. unter Ausschluß der Öffentlichkeit gefällt.

Der akute Bildungsnotstand in Westdeutschland beginnt sich negativ im Hochschulwesen auszuwirken. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß die Fragen des Bildungs- und Hochschulwesens immer stärker zu einem Feld prinzipieller politischer Auseinandersetzungen werden. Bestätigt doch gerade die wechselvolle und traditionsreiche Geschichte der deutschen Universitäten, daß diese nie außerhalb der Klassenkämpfe gestanden haben.

„In ihrer jahrhundertlangen Geschichte waren die Universitäten jedoch nie einer selbständigen Rolle fähig, die jeweils herrschende Klasse diktierte ihnen letzlichen Auftrag und Funktion. Dennoch vermochte die Universität in dem Maße eine progressive Rolle in der deutschen Geschichte zu spielen, indem sie sich mit den fortschrittlichen Kräften des Volkes verband und deren Kampf unterstützte.“

Die progressive Rolle von Angehörigen der Universitäten und ihr Verhältnis zu den fortschrittlichen Kräften des Volkes sind heute in Westdeutschland zu einem bedeutungsvollen Faktor in der Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen Hochschullehrern und Studenten und den reaktionären Kräften des Monopolkapitalismus geworden.

Gerade eine solche Entwicklung fürchten die Monopole und versuchen sie mit allen Mitteln aufzuhalten. Sie konnten jedoch bisher nicht verhindern, daß Hochschullehrer und Studenten unüberhörbar ihre Stimme erheben und im Verein mit anderen demokratischen Kräften des Volkes, der reaktionären Entwicklung in Westdeutschland in organisierten Aktionen entgegenzutreten. Das zeigte sich augenfällig im Sommer 1967, zu Ostern und am 1. und 11. Mai 1968 beim Sturmangriff auf Bonn.

„Gegen die Formierte Universität formieren sich demokratische Gegenkräfte“ (s. a. O. S. 10) Diese Bewegung der demokratischen Gegenkräfte genießt unsere volle Sympathie und Unterstützung, sagen wir doch klar und offen, wogegen und wofür sie kämpfen. Zu den Zielen der westdeutschen Demokratie schreiben das „Neue Deutschland“ vom 11. Mai 1968:

„Sie, die Arbeiter und Studenten, Jugendlichen und Wissenschaftler, kämpfen gegen ein Notstandsregime, das die letzten Reste demokratischer Freiheiten zerstören und das Land in ein Militärdiktatorat für die arbeitenden und friedliebenden Menschen verwandeln würde. Sie kämpfen gegen ein Diktatorat, das die Gewerkschaften unterjocht und die Menschen zu Rüstung und imperialistischem Krieg zwangsmobilisiert.“ Sie kämpfen gegen die staatsmonopolistische Formierung des Bildungswesens und gegen das Knüttelregime einer von SS- und Gestapooffizieren kommandierten Polizei.“

Mit einem Wort – sie kämpfen für eine demokratische Alternative und um Mitbestimmung auch im Hochschulwesen.

In diesem Zusammenhang ist eine Umfrage des westdeutschen Nachrichtenmagazins „Spiegel“ unter der westdeutschen Jugend interessant.

Sie widerlegt anhand der konkreten Befragungsergebnisse, namentlich die Behauptungen einiger Repräsentanten der „großen Koalition“, daß die protestierenden Jugendlichen nur eine Minderheit der westdeutschen Jugend repräsentieren würden.

In dem „Spiegel“-Artikel heißt es: „Die Hauptfrage war: In wie vielen (westdeutschen Städten) protestieren und demonstrieren Jugendliche. Fanden Sie das gut? Die Frage wurde von 67 Prozent der Befragten bejaht.“

Der Kampf der fortschrittlichen Jugend Westdeutschlands ist ein Teil des Kampfes der außerparlamentarischen Opposition, an deren Spitze die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften stehen. Er ist somit keineswegs Ausdruck von „Ausweichungen“, wie Kiesinger behauptet, sondern ein Kampf um demokratische Forderungen, zu denen auch das Verlangen nach einer wirklichen Reform im westdeutschen Hochschulwesen gehört.

Genosse Walter Ulbricht erklärte auf der Kundgebung im Volkshaus Jena am 26. April dieses Jahres dazu:

„Aus Forderungen nach dem Abschneiden alter Zöpfe an den Hochschulen wurde ein Massenkampf der Jugend gegen das herrschende System der formierten Herrschaft des westdeutschen Monopolkapitals und Militarismus. Die westdeutschen Jugendlichen, die Jungarbeiter, Studenten und Schüler, die unter vielen demokratischen Lösungen friedlich demonstrieren, haben sich gegen den Polizeiterror, der auf Befehl der Bonner Regierung von französischen SA- und SS-Offizieren gegen sie in Bewegung gesetzt wurde, wehren müssen. Ich möchte es hier ausdrücklich feststellen für den Mut, mit welchem westdeutsche Jungarbeiter, Studenten und Schüler für diese gerechte Sache eintraten. Hochachtung empfinde.“

Die Tatsache, daß das herrschende Bonner Regime arbeitertüchtig, jugendfeindlich, intelligenzfeindlich ist und man sich dagegen zur Wehr setzen muß, ist eine grundlegende Ursache für das immer stärkere Anwachsen der demokratischen außerparlamentarischen Opposition in Westdeutschland. Und daß diese Widersprüche auch die Kernfragen der Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Hochschulpolitik in der westdeutschen Bundesrepublik sind, wird durch solche Fakten bewiesen, wie sie in der Schrift „Formierte Universität“ herausgearbeitet werden:

1. Die Chance einer Neuordnung des Hochschulwesens nach 1948 wurde bewußt vertan und von den reaktionären Kräften verhindert.

2. Die Universitätskrise, die durch die Herrschaft des Imperialismus bedingt ist, blieb untreuehalten und wurde mit der Vertiefung der allgemeinen Krise verschärft.

3. Mit der Schaffung des sogenannten Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft und des Wissenschaftsrates wurde eine neue Etappe der staatsmonopolistischen Wissenschaftslenkung eingeleitet, die zugleich eine neue Etappe der Knechtung der Universitäten unter die Klasseninteressen des Monopolkapitals war.

4. Die Kulturpolitik der CDU/CSU ist von dem Bestreben geleitet, wissenschaftspolitische Pro-

esse mit Hilfe des Herrschaftsinstrumentariums des imperialistischen Staates zu regulieren.

5. Die herrschende Klasse ist bestrebt, das Staatsmonopol in der Wissenschaft und speziell auch im Hochschulwesen mit drei Mitteln zu verfestigen: politisch-administrative, ökonomische und politisch-ideologische.

6. Die Aktivitäten, die diese Integration zu verwirklichen suchen, laufen unter der Tarnbezeichnung Hochschulreform.

Worin bestehen die Ursachen dieser Lage im westdeutschen Hochschulwesen? Welche Mittel und Methoden wendet das Monopolkapital zur Formierung der Universitäten im einzelnen an?

Ein wesentliches politisch-administratives Mittel besteht darin, die nach dem Grundgesetz bei den Ländern liegenden Kompetenzen zugunsten der Bundesregierung einzuschränken.

„Der Bund hat – neben vielfältigen Möglichkeiten einen Druck auf die Länder auszuüben – seine eigenen Kompetenzen vor allem in der Forschung und damit auch seine Möglichkeiten, mit politisch-administrativen Mitteln auf die Hochschulen einzuwirken, ausgebaut.“

Auf ökonomischem Gebiet spielt der Einsatz der finanziellen Mittel für die Durchsetzung der Interessen der Monopole und ihres Staates eine entscheidende Rolle. Für die Finanzierung des Hochschulwesens sind die Länder zuständig. Seit einigen Jahren beteiligt sich der Bonner Staat ebenfalls daran, aber mit dem Ziel, die Richtung des Einsatzes der gesamten finanziellen Mittel unter Kontrolle zu bekommen. Andere Mittel stellen die Monopole bereit, um sich damit das Recht vor allem der Verwertung der Forschungsergebnisse von vornherein zu sichern.

„Ein solches System, daß auf der Ausbeutung des organisierten Menschens beruht, muß natürlich weitgehende Konsequenzen für das Hochschulwesen haben.“

„Die Mehrquellenfinanzierung basiert auf der Ausnutzung des organisierten Menschens als Mittel einer wissenschaftspolitischen Steuerung.“ Im Endresultat führen die Rüstungsforschung, während sie auf anderen Gebieten des Hochschulwesens, wie in der allgemeinen Volksbildung, generell fehlen.

Es lassen sich zu den hier deutlich gemachten Problemen noch zahlreiche weitere Tatsachen und Einzelheiten anführen, auf die jedoch hier verzichtet werden muß. Eines dürfte aber auch das sogenannte Beispiel-Klausuren lassen – Ohne grundsätzliche politische Veränderungen ist in Westdeutschland keine Hochschulreform, keine Überwindung der tiefen Krise des Hochschulwesens möglich. Dipl. Jur. W. Neubert

(Unseren Lesern empfehlen wir zur tieferen Information das mehrfach erwähnte Buch „Formierte Universität“ – Eine Analyse zur westdeutschen Hochschulpolitik – auf das sich der Verfasser im wesentlichen stützte. In unserer nächsten Ausgabe wird in einem weiteren Beitrag unsere sozialistische Hochschulreform und ihre nationale Bedeutung näher untersucht und erörtert werden. – Redaktion.)

Formierte Universität

Eine Analyse zur westdeutschen Hochschulpolitik, erschienen im Staatsverlag Berlin

Von einem Autorenkollektiv

Die unterschiedliche Entwicklung der Wissenschaft und des Hochschulwesens in beiden deutschen Staaten macht besonders deutlich den Umstand sichtbar, daß es vom Charakter der Gesellschaftsformung abhängt, zu welchen Zwecken die Stätten wissenschaftlicher Arbeit, die Akademien und Forschungsinstitute, die Universitäten und Hochschulen und die Ergebnisse der Forschungsdrangs und wissenschaftlicher Schöpferkraft genutzt werden.

Die Tatsachen beweisen, daß in Westdeutschland heute der staatsmonopolistische Kapitalismus alle Seiten und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfüllt hat. Dabei stellen gerade die Universitäten und Hochschulen ein wichtiges Feld staatsmonopolistischer Lenkung dar. Die vorliegenden Untersuchungen beweisen, daß

in Westdeutschland wird der Prozess der Formierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verstärkt fortgesetzt, um erneut den bereits zweimal gescheiterten Versuch zu unternehmen,

den Herrschaftsbereich des deutschen Monopolkapitals auszuweiten, das heißt, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren.

Die Tatsachen beweisen, daß in Westdeutschland heute der staatsmonopolistische Kapitalismus alle Seiten und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfüllt hat. Dabei stellen gerade die Universitäten und Hochschulen ein wichtiges Feld staatsmonopolistischer Lenkung dar. Die vorliegenden Untersuchungen beweisen, daß

die monopolistische Bourgeoisie nicht nur nicht indifferent zur wissenschaftlichen Hochschule verhält, sondern sehr intensive Anstrengungen unternimmt, um

die Hochschule in noch stärkerem Maße als Instrument der staatsmonopolistischen Politik zu nutzen und ihr noch weiterreichende Funktionen zuzuschreiben. Das war bereits mit dem objektiv bedingten, gesetzmäßigen Prozess des Hinüberwachens des monopolistischen in ein Gesamtsystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus untrennbar verbunden und ist besonders für die heutigen Existenzbedingungen des Kapitalismus charakteristisch. Gerade die Regierung Kiesinger/Strauß fördert die völlige Integration der wissenschaftlichen Einrichtungen in das System der formierten Gesellschaft. Die Wissenschaftspolitik des Bonner Staates ist direkter Bestandteil im expansionistischen Programm des westdeutschen Monopolkapitals.

Die Autoren dieses Buches haben sich die Aufgabe gestellt, einige Probleme der Entwicklung des westdeutschen Hochschulwesens zu beleuchten, Beweg-

gründe und Triebkräfte bloßzulegen, Widersprüche und Grenzen aufzuzeigen sowie den Mißbrauch der Wissenschaft für die verbrecherischen Ziele des westdeutschen Militarismus anzuprangern.

Dabei gilt es sichtbar zu machen, daß neben dem Mißbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse die wissenschaftlichen Einrichtungen in zunehmendem Maße aktiv dabei mitwirken, die imperialistische Politik zu konzipieren und durchzusetzen, die nationalstaatliche, reaktionäre und militaristische Ideologie auszuwerfen und voranzutreiben und den Monopolprofit zu realisieren.

Die vorliegenden Untersuchungen sind besonders den Wissenschaftlern und Studenten der DDR empfohlen. Das gründliche Eindringen in die Probleme des staatsmonopolistischen Herrschaftswesens im westdeutschen (Fortsetzung auf Seite 4)

kommentiert

NATO - Notstandspläne in Bonner Panzerschränken

Über ein Jahr ist es her, da in Athen eine faschistische Militärdiktatur die politische Macht an sich riß. Seit dieser Zeit herrschen in Griechenland Terror, Unterdrückung, Notstand. Die Errichtung dieser faschistischen Militärdiktatur war kein Zufall, sie vollzog sich nach dem von den NATO-Stäben ausgearbeiteten Nationalalarmplan „Prometheus“.

Über Maßnahmen, um jeder Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu begegnen.

Man muß schon mit Blindheit geschlagen sein, wollte man hinter diesem Gefolter nicht das erkennen, was sich wirklich dahinter verbirgt. Diese „Maßnahmen“ sind Generalpläne, die zur Zurückbildung jeder demokratischen Bewegung, jeder politischen Streik, ja sogar der wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen der Arbeiter und Angestellten und nicht zuletzt zur Vorbereitung der Aggression nach außen eingesetzt werden sollen.

Das Beispiel Griechenland lehrt, daß man der aus der Luft gegriffenen Begründung: „Ausbreitung revolutionärer Elemente“ basieren eine äußeren Druck oder auf innere Unruhe zurückzuführen sind. Was dann schließlich ausreicht, um die Pläne



„NEIN ZU DEN NOTSTANDSGESETZEN“ sagte auch diese Jugendgruppe der IG Druck und Papier, die am 13. April 1968 den Ostermarsch in Duisburg eröffnete. Foto: Zentralbild

in Kraft treten zu lassen, wird selbstverständlich Gegenstand verschiedener Interpretationen in den verschiedenen Ländern sein. In Griechenland erging die große Vermutung eines Wahlsieges der Radikalen, um den Apparat in Gang zu setzen.

Und in Westdeutschland?

Angesichts des ständigen Anwachsens der demokratischen Kräfte, angesichts derer, die ihre Stimme nicht gegen die drohende Faschisierung und Militarisierung des Bonner Staates erheben, also gegen die Arbeiter, die Angestellten, Studenten, Hochschullehrer schuf sich die Regierung in Bonn ihren „Prometheus“.

Es ist eine Tatsache: Ein solcher NATO-Alarmplan, wie er in Griechenland unter dem Deckwort „Prometheus“ zur Grundlage für die faschistische Notstandsregierung wurde, existiert auch für Westdeutschland.

Bereits seit 1961 wird der NATO-Alarmplan in der Bundeswehr ständig und systematisch erprobt. Die Alarmübungen laufen unter dem Deckwort QUICK TRAIN. Sie erfassen alle Stäbe und Verbände der Bundeswehr bis hinunter zu den Kompanien. In einer VS-verbindlichen Dienstausweisung des westdeutschen Kriegspolizeistabes heißt es: „Alle Verbände und Dienststellen haben außer den NATO-Alarmübungen QUICK TRAIN mindestens zwei Alarmübungen im internen Bereich durchzuführen.“

Bezeichnenderweise liegt die Planung und Organisation der für den NATO-Rahmen und im internen Bereich der Bundeswehr durchzuführenden Alarmmaßnahmen in den Händen des Alarm- und Mobilisierungsrates des Bonner Kriegspolizeistabes. Leiter dieses Rates ist Oberst Eberhard Meixner. Ein Mann mit Erfahrung, Meixner war Kommandant des Hauptquartiers der Notstandsübung „Fallex 66“ im geheimen Notstandsunterkeller in der Lifa.

Wie ausgezeichnet die Bundeswehr auf einen Notstandsfall – sprich: Niederknüpfung der letzten Reste bundesdeutscher Demokratie – präpariert ist, beweist ein Ausspruch des westdeutschen Regierungssprechers Ahlers, der laut UPI erklärte: „Sollte eine Alarmstufe der NATO ausgelöst werden, ist ohnehin alles vorbereitet.“

Schauen wir uns doch diesen Notstandsalarmplan etwas näher an. Er soll ausgelöst werden bei sogenannter äußerer „Bedrohung“ bzw. angeblicher kommunistischer „Subversion“. Er sieht aber auch vor, daß die Bundeswehr zum Schutz der Sicherheit ihrer Streitkräfte bzw. der Stützorte der Verbündeten alle wirksamen Maßnahmen treffen muß, einschließlich der Einleitung präven-

des Volkes und auf die Aufhebung des Bündnisses abzielt...“, sagt die nach den Spielregeln der bürgerlichen Demokratie ablaufenden Wahl... „Trotzdem...“, um unter Ausnutzung des NATO-Alarmplanes den Notstand auszuheben und die erteilte Militär-diktatur zu errichten.

Beleuchten wir noch ein wenig genauer, welche Maßnahmen die westdeutsche Bevölkerung im entsprechenden Notstandsfall erwartet. Ähnlichkeiten mit Erbsandungen aus der Zeit nach 1933 sind dabei offensichtlich.

Da wäre die zivile Gewalt. Die geht an die Militärs über; denn unter ihnen gibt es durchaus genug alte „Spezialisten“, die unter Hitler gelernt haben, wie man mit Zivilisten umspringt.

Intensivierungslager für Schutzhäftlinge (KZ) wurden eingerichtet. Erst im Dezember 1966 hat die Bundesregierung über die Internierungspraktiken anderer militärischer Regimes Erkundigungen eingestogen.

Verhaltensregeln eines Notfalls würden nach Listen vorgenommen, mit denen bereits im Januar „Fallex 66“ erprobt wurde, und die vom Verteidigungsministerium, der Politischen Polizei und den Geheimdiensten mit Filmkomis und Fernbedienungen bei jeder Demonstration oder politischen Kundgebung in Westdeutschland vervollständigt werden.

Und schließlich käme zu den bereits verboten Organisationen neue hinzu. Wer zweifelt daran, daß neben den Arbeiterorganisationen auch Jugend- und Studentenorganisationen an der Spitze der Verbotsplanung stehen?

Es steht außer Zweifel, der Plan, nach dem die Demokratie in Griechenland zerstört wurde, liegt ebenfalls in Bonner Panzerschränken. Mit der Verabschiedung der Notstandsverfassung soll dieser Notstandsplan legalisiert werden.

Es gibt für die demokratischen Kräfte in Westdeutschland angesichts dieser drohenden Gefahr nur eine Alternative: den Kampf gegen diese Gesetze.

„Ruft auf zur Aktion! Setzt am Tage der dritten Lesung die Räder still! Zeigt den unverbesserlichen Notstandsplänen, daß sich die Arbeitnehmerchaft ein zweites 1933 nicht gefallen lassen wird!“ So lautet ein Aufruf, mit dem sich westdeutsche Gewerkschafter aus Düsseldorf an ihre Kollegen wandten, und in Frankfurt (Main) erklärte ein Mannheimer Arbeiter während einer DGB-Tagung unter dem Beifall seiner Kollegen, es sei höchste Zeit, mit den Kapitalisten der Bundesrepublik „frontalisch zu reden“.

Man darf sicher sein, daß das den „Prometheus“-Jüngern die Sprache verschlossen würde. H. R.